

Vor 70 Jahren

Zur Sicherung von Freiheit und

Amerikas Marshallplan war auch ein Instrument gegen den Kommunismus

von Albert H. V. Kraus

Ganze 15 Minuten dauerte die berühmte Rede, die US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) am 5. Juni 1947 vor 7 000 Zuhörern in der Harvard-Universität hielt. Eine schnörkellose Bilanz der verheerenden Wirtschaftslage Europas. Die Vereinigten Staaten, so der Redner, müssten ihr Möglichstes zur wirtschaftlichen Gesundung und politischen Stabilisierung der Krisenstaaten tun. Indem Marshall bei gleicher Gelegenheit „das wohl größte Hilfsprogramm der Welt“ (K. Adenauer) verkündete, veränderte er mit einem Schlag das Schicksal Europas.

Der Redner zeichnete ein düsteres Szenarium der Kriegsfolgen in Europa. Die Industriebetriebe hätten zu wenig Rohstoffe und Brennmaterialien, ihre Maschinen seien abgenutzt oder defekt und produzierten deshalb zu wenig Waren zum Tausch gegen Lebensmittel. Die Landwirte fänden die gesuchten Waren nicht auf dem Markt, hätten aber kein Interesse am Verkauf ihrer Produkte gegen Geld, mit dem sie nichts kaufen könnten.

Deshalb machten viele Bauern ihre Getreidefelder zu Viehweiden. Dann hätten sie für sich und ihre Familien genug zu essen, lieferten aber den Städtern zu wenig Lebensmittel. Folglich müssten Europas Regierungen die für den Wiederaufbau so dringend benötigten Devisen und ausländischen Kredite für den Kauf von Lebensmitteln im Ausland ausgeben: „Eine ernste Lage, die der Welt nicht viel Gutes verheißt.“

Rettung in der Not

Marshall's Initiative war von höchster Dringlichkeit. Kurz zuvor hatte auch Englands Kriegspremier Winston Churchill (1874-1965) Alarm geschlagen: Europa sei „ein Schutthaufen, ein Leichenhaus, eine Brutstätte für Pestilenz und Haß.“ Die Krisensymptome waren unüberschaubar, etwa in Frankreich, wo die Kommunisten seit Herbst 1946 stärkste Partei waren. Verständlich, dass der sozialistische Staatspräsident Vincent Auriol (1884-1966) Marshall's Angebot als weise begrüßte: Frankreich werde die Hilfe ohne Zögern annehmen. Der Ertrinkende habe keine große Wahl.

Auch Englands Außenminister Ernest Bevin (1881-1951) von der Labour Party riet, die dargebotene „Rettungsleine“ mit beiden Händen zu ergreifen. Konrad Adenauer (1876-1967), der „Shooting Star“ am politischen Himmel Westdeutschlands, registrierte aufmerksam, dass auch die Westzonen

mit ihren mehr als zehn Millionen Ostflüchtlingen an der US-Hilfe teilhaben sollten. Ohne amerikanische Hilfe, so der künftige Bundeskanzler damals, sei der Wiederaufbau Deutschlands nicht zu schaffen.

Das amerikanische Hilfsprogramm für Europa (European Recovery Program, kurz: ERP) ist ein Paradebeispiel für die gegenseitige Durchdringung von Innen- und Außenpolitik in der Zeit des Kalten Krieges. Europa müsse wieder Vertrauen in seine wirtschaftliche Zukunft gewinnen, hatte Marshall betont. Wirtschaftliche Not demoralisiere die Völker, lasse leicht Unruheherde entstehen und gefährde den Frieden und die politische Stabilität. Gesunde wirtschaftliche Verhältnisse in Europa lägen somit auch im amerikanischen Eigeninteresse.

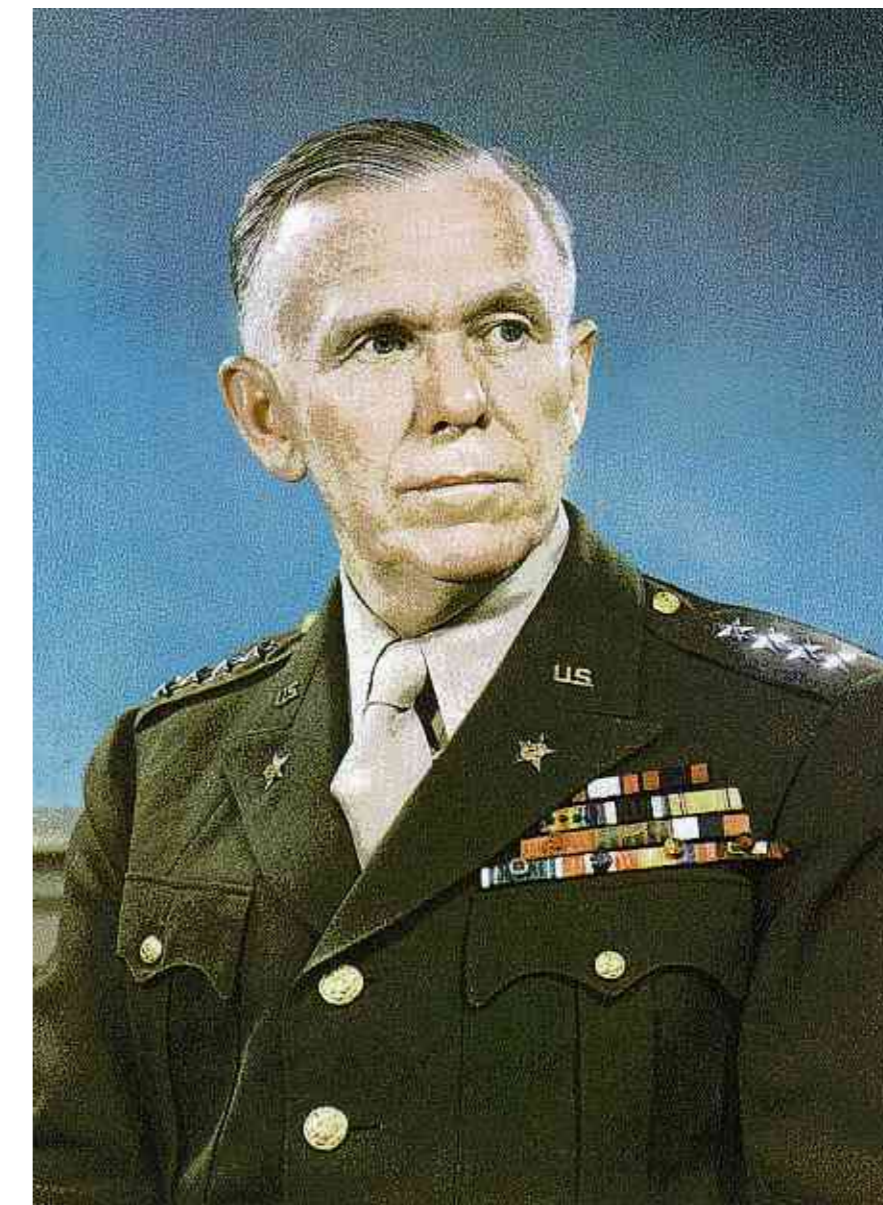
Geldregen aus den USA

Marshall redete Klartext. Die Hilfe der USA richte sich an alle Staaten in Eu-

ropa, nicht jedoch an jene, welche Elend und Not zu einem Dauerzustand machen wollten, um daraus Nutzen zu ziehen. Gemeint war die Sowjetunion. Deren Polemik geißelte dann die Hilfe zum Wiederaufbau Europas als Instrument des amerikanischen Imperialismus. Schon bald erklärten 16 europäische Staaten ihre Teilnahme am Marshallplan. Es waren dies neben Frankreich und Großbritannien: Belgien, Dänemark, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Türkei. Dabei waren auch die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, vertreten durch die alliierten Oberbefehlshaber. Die Ostblockstaaten verzichteten auf Druck Moskaus auf die Teilnahme am Marshallplan, auch Polen und die Tschechoslowakei, die schon zugesagt hatten.

Dass die US-Hilfe auch den Deutschen gewährt wurde, hatte politi-

Wohlstand Westeuropas



George C. Marshall (1880-1959)

sche und finanzielle Gründe. Angesichts des Ost-West-Konflikts sollte gemäß der Truman-Doktrin, gerade im Westen Deutschlands, an der Schnittstelle zwischen freier Demokratie und kommunistischer Diktatur, ein Bollwerk gegen den sowjetischen Ausdehnungsdrang errichtet werden. Außerdem drängte der US-Kongress auf eine Senkung der hohen Besatzungskosten in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft sollte sich wieder selber tragen können.

Auch London wünschte eine Ankurbelung der deutschen Industrieproduktion, besonders im Stahlbereich. England und Frankreich, gedrückt von knappen Rostoffen und hohen Auslandsschulden, kamen beim Wiederaufbau der Wirtschaft nur zaghaft voran. Das Hilfsangebot aus Washington war ihnen hochwillkommen. Allein 1948/49 ergoss sich ein warmer Geldregen von fast sechs Milliarden US-Dollar über die 16 teilnehmenden Staaten. Zwischen 1948 und 1952 stellten die USA Kredite, Waren, Rohstoffe und Lebensmittel in Höhe von rund 14 Milliarden Dollar bereit.

Modernisierungsschub

Das war eine auch für damalige Begriffe unerhörte Summe, nach heutigem Geldwert etwa 130 Milliarden US-Dollar. Diese hatte der US-Kongress mit überwältigender Mehrheit genehmigt. Davon erhielt Westdeutschland zehn Prozent und lag damit hinter Großbritannien (25 Prozent), Frankreich (20 Prozent) und Italien (11 Prozent) an vierter Stelle. In US-Dollar pro Kopf gerechnet, profitierten die kleineren Länder mehr: Norwegen (136 Dollar pro Einwohner), Österreich (131), Griechenland (128), Niederlande (111), dagegen: Großbritannien (53), Frankreich (71), Italien (30) und Westdeutschland (18).

In jedem Land gab es spektakuläre Großprojekte, die von den Geldern des Marshallplans besonders profitierten: Trockenlegung von Sümpfen in Sardinien, neue Deiche an der Zuydersee in Holland, Wasserkraftwerke in Frankreich, Lieferung von Pflügen, Traktoren und Eisenbahnen in die Türkei. Luxemburg erlebte einen gewaltigen Modernisierungsschub (u. a. Pumpspeicherwerk Vianden, obere Saueraltersperre mit Trinkwasser-Auf-

bereitung), der maßgeblich zu seiner heutigen Wirtschaftsstärke beitrug.

In Westdeutschland kündeten Plakate landauf, landab von dem Dollarregen aus Übersee: „Hier hilft der Marshallplan!“ In der Sowjetzone, der späteren DDR, brüstete sich die kommunistische Staatspartei selbstzufrieden: „Wir brauchen keinen Marshallplan, wir kurbeln selbst die Wirtschaft an.“ Die Westdeutschen wandten sich politisch und emotional den Amerikanern zu. Auch dank der großartigen „Luftbrücke“ während der sowjetischen Blockade Berlins 1948/49. Angst vor einer übermäßigen Amerikanisierung hatten sie nicht.

Die Rechnung ging auf

Und so funktionierte der Marshallplan. Die USA boten der Bundesre-

publik Waren an, vor allem Lebensmittel, Maschinen und Rohstoffe. Deutsche Unternehmen konnten sich um deren Bezug bewerben. Kam der Kaufvertrag zustande, lieferte der US-Exporteur direkt an den deutschen Besteller. Bezahlt wurde die Lieferung von der Regierung in Washington aus den Mitteln des Marshallplans.

Der deutsche Käufer beglich den Warenpreis in D-Mark bei der Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank. Dieses Geld verblieb in Deutschland. Es bildete den Grundstock des ERP-Sondervermögens des Bundes, das inzwischen auf über 12 Milliarden Euro (Stand: 2007) angewachsen ist. Die ERP-Mittel dienen heute der Wirtschaftsförderung, der Entwicklungshilfe, dem Umweltschutz und kommen auch dem Jugend- und Studentenaustausch zwi-

schen Deutschland und den USA zugute.

Das Grundkalkül des Marshallplans ging auch in Westdeutschland auf. Das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ der 1950er- und 1960er-Jahre wäre ohne ihn nicht möglich gewesen. Seit der Wiedervereinigung (1990) profitieren auch die neuen Bundesländer auf vielfältige Weise von den ERP-Mitteln.

Auch den Vereinigten Staaten half die wirtschaftliche Gesundung Westeuropas. Kommunistische Diktaturen diesseits der Elbe wurden verhindert, ein riesiger Absatzmarkt für amerikanische Güter in Westeuropa gesichert. Nicht zuletzt förderte der Marshallplan die segensreiche Integration Westeuropas. Dieses Verdienst trug George C. Marshall 1953 den Friedensnobelpreis ein. ■



Einigkeit macht stark: Auch mit diesem Plakat warb Amerika für den Marshallplan (1950).



Danke an Amerika: ein Blumenherz für den Marshallplan beim niederländischen Blumenfestival 1951.